

Beschluss Dringlichkeitsantrag: Bezahlkarten für Geflüchtete in Sachsen ohne Einschränkungen für Betroffene

Gremium: Landesversammlung
Beschlussdatum: 15.03.2024
Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedenes

Antragstext

1 Wir BÜNDNISGRÜNE distanzieren uns von rechten Narrativen, welche im Zusammenhang
2 mit der Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete verwendet werden. Die Logik,
3 dass durch Bezahlkarten "Pull-Faktoren" verringert werden, weil kein Geld mehr
4 in Heimatländer überwiesen wird, ist wissenschaftlich nicht nachgewiesen und
5 höchst fragwürdig. Außerdem dürfen Geflüchtete nicht unter Generalverdacht
6 gestellt werden, indem ihnen pauschal Kriminalität oder die Unterstützung dieser
7 unterstellt wird. Wesentliches Ziel einer Bezahlkarte muss sein,
8 Verwaltungsverfahren sowohl für Geflüchtete als auch für die Behörden zu
9 vereinfachen und zu beschleunigen.

10 Wir sehen die Gefahr, dass Geflüchtete durch Einschränkungen der Bezahlkarte
11 ihrer Grundrechte massiv beraubt werden, indem man ihnen alltägliche
12 Entscheidungsfreiheiten nimmt. Dies bewerten wir als extrem menschenunwürdig. Es
13 widerspricht nicht nur unserem bündnisgrünen Verständnis von Menschenrechten und
14 humaner Asylpolitik, sondern den in unserer Verfassung verankerten Grundrechten.

15 Daher sehen wir uns als Regierungspartei in der Verantwortung auf diese Umstände
16 verstärkt anzusprechen und darauf hinzuarbeiten, dass die von der CDU, unserem
17 Koalitionspartner, verantwortete Ausgestaltung der Bezahlkarte durch inhumane
18 Rahmenbedingungen auf dem Rücken von geflüchteten Menschen ausgetragen wird.

19 Dazu zählt unter anderem, dass wir BÜNDNISGRÜNE den Innenminister und die
20 Kommunen auffordern, bei der Einführung einer Bezahlkarte dafür Sorge zu tragen,
21 dass diese diskriminierungsfrei ausgestaltet ist und Integration und Teilhabe
22 dadurch nicht negativ beeinträchtigt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern zudem vom
23 Bundesgesetzgeber Regelungen zu Mindeststandards in das
24 Asylbewerberleistungsgesetz aufzunehmen. Folgende Punkte sind dabei für uns
25 zentral:

- 26 • Die Karte muss bundesweit anwendbar sein: Um die Bewegungsfreiheit von
27 Geflüchteten nicht zu beschränken, ist es unabdingbar, dass die
28 Bezahlkarte überall in Deutschland ohne jegliche regionale Einschränkungen
29 akzeptiert wird. Dies unterstützt die Möglichkeit, familiäre, soziale und
30 berufliche Netzwerke aufzubauen und zu pflegen, die für eine erfolgreiche
31 Integration wesentlich sind.
- 32 • Uneingeschränkte Bargeldabhebungen: Die Möglichkeit, Bargeld abzuheben,
33 muss ohne Limitierungen gewährleistet sein. Dies trägt der Tatsache
34 Rechnung, dass viele Alltagsgeschäfte, wie der Einkauf in lokalen Märkten
35 oder die Teilnahme an kulturellen und bildungsbezogenen Veranstaltungen,
36 Barzahlung erfordern.
- 37 • Kein Ausschluss von Online-Handel oder bestimmten Händlergruppen: Die
38 Bezahlkarte darf keinen Einschränkungen unterliegen, die den Zugang zu

- 39 bestimmten Händlergruppen, Branchen, Dienstleistungen oder dem Online-
40 Handel verhindern. Die uneingeschränkte Nutzung der Karte fördert die
41 Selbstbestimmung und ermöglicht Geflüchteten, Produkte und
42 Dienstleistungen nach ihren Bedürfnissen auszuwählen.
- 43 • Keine Einschränkungen bei Konsumgütern: Es darf keine Beschränkung der
44 Karte bei der Anschaffung von Konsumgütern, einschließlich Alkohol oder
45 Tabak, geben. Einschränkungen dieser Art würden nicht nur die persönliche
46 Freiheit beschneiden, sondern auch die Gleichbehandlung gegenüber anderen
47 Bürgern in Frage stellen.
 - 48 • Sicherstellung des Datenschutzes und der informationellen
49 Selbstbestimmung: Der Schutz personenbezogener Daten muss gewährleistet
50 sein. Die Verwendung der Bezahlkarte darf nicht zu einer unzulässigen
51 Überwachung oder zum Missbrauch persönlicher Informationen führen.
 - 52 • Einzelpersonenbezogene Karten: Jede/r erwachsene/r Geflüchtete muss eine
53 eigene Bezahlkarte erhalten, um individuelle Freiheit und Unabhängigkeit
54 zu sichern.
 - 55 • Priorität von Geldleistungen für Personen in privaten Wohnverhältnissen:
56 Um ein selbstbestimmtes Leben zu fördern, sollten für Personen, die in
57 einer eigenen Wohnung leben, weiterhin Geldleistungen im Vordergrund
58 stehen.
 - 59 • Abschaffung von Arbeitsverboten: Die vollständige Aufhebung von
60 Arbeitsverboten für Geflüchtete ist essenziell, um Integration und
61 Selbstständigkeit zu fördern und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu
62 erleichtern.
- 63 Außerdem soll die Eröffnung von regulären Bankkonten für Geflüchtete deutlich
64 beschleunigt werden.

Begründung

Dringlichkeitsantrag. Begründung erfolgt mündlich.